

MEINUNG

Aus der Redaktion

GLÜCKSSPIEL

Zocken, aber anders

Angelika Kramer über Umgehungsmöglichkeiten des Glücksspielverbots in Wien.



Natürlich sind sie hässlich, die unzähligen Automatenbuden, die Wiens – allerdings nicht unbedingt schönste – Straßen säumen.

Und Glücksspiel kann selbstverständlich dazu führen, dass Familien verarmen. Aber bringt ein Verbot des sogenannten „kleinen Glücksspiels“ wirklich den gewünschten Erfolg? Wird Spielsucht eingedämmt, wird das Straßenbild schöner? Sicher nicht. Für richtig Spielwütige ist das Angebot an Alternativen schier grenzenlos: Alternative eins: Niederösterreich ist nicht weit von Wien entfernt und lockt mit etlichen, hübschen – legalen – Spielhallen. Möglichkeit zwei: Statt der bösen Spielautomaten kann man sein Geld auch an den guten, weil konzessionierten, VLTs (Video-lotterieterminals) der Casinos Austria verspielen. Die sind zwar auch nicht schöner, auch nicht weniger gefährlich, aber wenigstens legal. Dritte Variante: Man erspart sich den Weg aus der Wohnung und verzockt das Ersparte einfach im Internet. Schnell, praktisch, trotzdem weg. Und schließlich Alternative vier: Es muss ja nicht immer das klassische Glücksspiel am einarmigen Banditen sein, auch – legale – Sportwetten können für den richtigen Kick sorgen. Man kann wohl auch davon ausgehen, dass viele Wiener Automatenbuden in Bälde zu Wettbuden umfunktioniert werden. Vielleicht sollte man schon jetzt Wetten darauf abschließen, dass diese auch nicht schöner als die bald illegalen hässlichen Zockerhöhlen sein werden. Das Verbot des kleinen Glücksspiels in Wien ist also eine klassische Themenverfehlung, die auch noch gewaltige Steuereinbußen mit sich bringt.

kramer.angelika@format.at

WAHLEN

Faymann vs. Nikolo

Miriam Koch über die Frage, warum wer mehr Zustimmung erhält.



„Trau dich, zart zu sein“ – mit diesem Spruch wirbt der Schokoladenhersteller Milka. Und er verbreitet derzeit in Inseraten „wissenswerte und unterhaltsame Facts rund um den Milka-Nikolo“. Darunter unter anderem, dass 87,5 Prozent aller Schoko-Nikoläuse von Milka stammen. Das heißt, der lila Mann mit Bart

erhält mehr Zustimmung als der rote Werner Faymann. Denn der Bundeskanzler kam vor Kurzem bei der Wahl zum Parteichef bekanntlich auf 83,9 Prozent.

Jetzt ist so ein Vergleich zwischen Nikolo und Bundeskanzler ziemlich unfair: Der eine ist hohl, naturgemäß süß und nur ein paar Tage im Dezember im Rennen um die Gunst. Zudem braucht er auch nur die Braven beschenken, allen anderen wird mit dem Krampus gedroht (wobei nach der aktuellen Erziehungsdebatte klarerweise der auch nicht seine Rute einsetzen darf, sondern eher Fernsehverbote oder so was aussprechen muss).

Der andere, der Kanzler, muss sich hingegen das ganze Jahr über bemühen, möglichst alle (die Frauen, die SPÖ-Jugend, die Gewerkschaft, die Liesinger) zufriedenzustellen, selbst wenn sie unterschiedliche Sachen wünschen. Die Lösung? Vielleicht müsste sich Faymann einfach nur trauen, hart zu sein.

koch.miriam@format.at



KULTURPOLITIK

Aufsicht für Aufsichtsräte?

Michaela Knapp über einen falsch verstandenen Neustart im Burg-Aufsichtsrat.



Ende November sind die Mandate der Aufsichtsräte von Staats- und Volksoper, aber auch des Burgtheaters ausgelaufen. Zum letztmöglichen Zeitpunkt hat Minister Ostermayer die mit Spannung erwartete neue Zusammensetzungen der Aufsichtsräte bekanntgegeben. Veränderungen gibt es in der Bundestheater-Holding, der Volksoper und der Staatsoper. Nur in der Burg, wo seit Monaten von einem Neubeginn die Rede ist und davon, ins Kontrollgremium unbefangene Fachleute zu holen, bleibt alles

beim Alten. Da wo Neo-Holdingboss Günter Rhomberg richtig angesetzt hat und einen Neustart forderte, um zu verhindern, dass das, was passiert ist, wieder passiert, geht alles den gewohnten Gang. Und keinen scheint es nach Glättung der Wogen mehr zu interessieren. Zugegebenermaßen eine schwierige Lage für Ostermayer, kann doch der jetzige Aufsichtsrat des Burgtheaters auf Anraten seiner Anwälte im Hinblick auf eventuelle Schadenersatzforderungen und vor dem Hintergrund der noch laufenden Prozesse und Ermittlungen nicht einmal entlastet werden. Das bedeutet nichts weniger, als: dem Aufsichtsrat kann das Vertrauen nicht ausgesprochen werden. Ostermayers Erklärung für die peinliche Trotzdem-Bestellung, die Aufsichtsräte wären ja ohnedies kooperativ, ist kein Argument, die Angelegenheit reinzuwaschen. Würde das in der Privatwirtschaft so vonstatten gehen, würde der Aktienmarkt krachen. Aus dem Ministerium hieß es dazu, dass alle Mandate in einem Jahr ohnehin enden werden und im Zuge des neuen Bundestheatergesetzes alles in Frage gestellt werden wird. Ob sich das zeitlich ausgeht? Bis dahin fragt man sich, ob die Aufsichtsräte nicht Aufsicht brauchen, solange – jeglichem Public-Governance-Kodex zum Trotz – die Aufsichtsratsfunktion in Kultureinrichtungen vor allem als ehrenvolle Aufgabe gesehen wird.

knapp.michaela@format.at